

# Protokoll DV/MV 1.2015/16

## vom Mittwoch, 23. September 2015, 19.30–22.30 Uhr, Coop Tagungszentrum, Muttenz

Von Gabriele Zückert



LVB-Delegierte: total 108, anwesend 83  
weitere LVB-Mitglieder: ca. 110

Vorsitz: Roger von Wartburg

### Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

5. Wahlen
- 5.1 Wahl in den Kantonalvorstand

### Statutarische Geschäfte

2. Protokoll der DV/MV vom 18. März 2015
3. Jahresrechnung 2014/2015, Revisionsbericht
4. Budget 2015/16 inkl. Festlegung der Mitgliederbeiträge

### Berufspolitische Geschäfte

6. Ansprache der neuen Bildungsdirektorin Monica Gschwind
7. Hauptthema: Regierungsrätin Monica Gschwind stellt sich den Fragen der LVB-Mitglieder
8. Verabschiedung von Heinz Bachmann
9. Diverses

### 1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

Roger von Wartburg (RvW) heisst alle Anwesenden willkommen. Namentlich begrüsst er Bildungsdirektorin Monica Gschwind, Bruno Rupp als Vertreter der Geschäftsleitung des LCH, Jean-Michel Héritier und Marianne Schwegler von der FSS Basel-Stadt, Thomas Rätz, Präsident der Schulleitungskonferenz Gymnasien BL, Isidor Huber, Rektor des Gymnasiums Laufen, Monika Feller, Vertreterin der Schulleitungskonferenz Primarschulen, die zahlreich anwesenden Landratsmitglieder und Kandidierenden für National- und Ständerat, die Ehrenmitglieder des LVB und die Medienvertreter. Speziell begrüsst er auch die vielen neuen LVB-Delegierten und bedankt sich für ihr Engagement.

RvW stellt Isabella Oser, das neue Geschäftsmitglied, kurz vor. Sie hat das Ressort «Beratung und Rechtshilfe» per 1. August 2015 von Heinz Bachmann übernommen. Sie wird mit einem herzlichen Applaus von der Versammlung willkommen geheissen.

RvW stellt einleitend fest, dass das Hamsterrad der Bildungspolitik sich immer schneller drehe und hohe Kosten verursache, in vielen Kantonen jedoch gleichzeitig Sparpakete geschnürt würden. Die Protestveranstaltung vom 10. September habe eindrücklich gezeigt, dass die Lehrerschaft diese Sparmassnahmen gut begründet ablehne. Die Politik bezeichne die Schule tatsächlich als pauschalen Kostentreiber. Die Mehrkosten im Bildungsbereich seien lokalisierbar: Universität, FHNW und Sonderpädagogik. Bei den allermeisten Schülern und Schülerinnen der Volksschulen, Gymnasien und Berufsschulen kämen die Mehrausgaben im Bildungsbereich nicht an. Jetzt sei es an der Zeit, tabulos auf den Tisch zu bringen und zu diskutieren, worauf konkret die Kostensteigerungen zurückzuführen seien. Auch müsse man Entscheide der letzten Jahre auf der Einnahmenseite des Kantons durchleuchten. An der heutigen Veranstaltung gehe es aber explizit um das Bildungswesen. RvW ruft dazu auf, genau zu überprüfen, welche Reformen und Projekte auch wirklich einer Qua-

litätssteigerung des Schulsystems und der Optimierung des Lernerfolges der Schülerinnen und Schüler dienlich seien und welche nicht. Diese Triage sei überfällig. Was sich derzeit abspiele, sei kein spezifisches Baselbieter Problem. In den meisten Kantonen würden Sparpakete verabschiedet und Anstellungsbedingungen für das Lehrpersonal verschlechtert. Und trotzdem würden die Bildungsausgaben weiter steigen. Nach dem Studium diverser Artikel und Studien, die er teilweise zitiert, komme er zum Schluss, dass unzählige neue Stellen im Bildungswesen für Planung, Forschung und Evaluation geschaffen worden seien. Es habe sich überdies ein Speckgürtel von privaten Anbietern in den Bereichen Consulting und Weiterbildung entwickelt, dessen Dienste mit Steuergeldern alimentiert würden, die ihrerseits wiederum unter anderem durch Sparmassnahmen an den Schulen quersubventioniert würden. Sein persönliches Unwort des Jahres sei «wissenschaftliche Mitarbeiter», denn von denen gebe es überall immer mehr und ein Ende sei nicht abzusehen. RvW zitiert den Streitba-

ren Bieler Kollegen Alain Pichard: «Im Schweizer Bildungshaus gibt es immer mehr Büros und immer weniger Klassenzimmer. Alle wollen steuern, aber niemand will mehr rudern.» An der PH FHNW beispielsweise habe sich die Anzahl wissenschaftlicher Mitarbeiter innerhalb von nur 7 Jahren verdreifacht. Die Lehrpersonen befänden sich heute ungewollt in einem knallharten Verteilungskampf um Ressourcen innerhalb des Bildungsbereichs. Der LVB sei der Ansicht, dass die Balance zwischen den Mitteln, die für Forschung und teilweise unausgelegene Reformen eingesetzt werde, und jenen Mitteln, die direkt für die «Unterrichtsfrente» aufgewendet würden, nicht mehr stimme. Diese Thematik gehöre auf das politische Parkett. Er lade alle ein, dazu mit dem LVB in einen Dialog zu treten. Explizit lade er auch jene ein, die komplett anderer Meinung seien. Man könne mit dem LVB argumentieren und auch gut streiten. Er hoffe aber, dass alle Anwesenden etwas einbringen würden: die aufrichtige Anstrengung für eine gute Schule. Die einleitende Ansprache wird mit einem lang anhaltenden Applaus gewürdigt.

Als Stimmzähler werden Didier Moine und Urs Stammbach einstimmig gewählt.

### **Statutarische Geschäfte Stimmberechtigt sind die Delegierten.**

#### **2. Protokoll der DV/MV vom 18. März 2015**

Das Protokoll wird ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen genehmigt und der Verfasserin Gabriele Zückert verdankt.

#### **3. Jahresrechnung 2014/2015, Revisionsbericht**

Bilanz: M. Weiss kommentiert ausgewählte Positionen. Mit 150'000 Fran-

ken zu Buche schlägt der Betrag zur Ausfinanzierung der Pensionskasse des einzigen ehemaligen Angestellten des LVB. Dieser seit 20 Jahren pensionierte Sekretär war zur Hälfte auch beim Verein für Schule und Weiterbildung Schweiz (SWCH) angestellt. Der SWCH weigerte sich anfangs, seinen Beitrag an die Ausfinanzierung zu leisten, da die Vereine vor Jahrzehnten beschlossen hatten, aus administrativen Gründen den Sekretär nur über den LVB bei der BLPK anzumelden. Schlussendlich konnte aber ein aussergerichtlicher Vergleich geschlossen werden.

Erfolgsrechnung: Sie ist besser ausgefallen als budgetiert. Der Mitgliederbestand hat im Kontext der zu erwartenden Frühpensionierungswelle als Folge der Pensionskassenreform nicht derart stark abgenommen wie budgetiert resp. befürchtet. Es gab 125 Neueintritte mit durchschnittlich etwas höherem Beschäftigungsgrad gegenüber 150 Austritten, insbesondere bedingt durch (Früh-)Pensionierungen und Kündigungen auf Sek I infolge des Systemwechsels auf 6/3. Ein Teil des Betrages für die Ausfinanzierung der BLPK hätte der Rechtsschutzkasse belastet werden sollen. Da dieser Betrag durch die Zahlung des SWCH und einen namhaften Beitrag des LCH an die Anwaltskosten nun wesentlich tiefer ausgefallen sei, konnte die Vereinskasse die Einlage leisten.

Vereinskasse: Der Personalaufwand war etwas höher, der Informatikaufwand etwas tiefer als budgetiert. Der Werbeaufwand war etwas höher, weil die Homepage komplett neu konzipiert wurde. Auch hier hat der LCH einen Beitrag an die Kosten geleistet. Wegen erhöhter gesetzlicher Auflagen kam die Rechnungsrevision teurer zu stehen als budgetiert.

Jubilarenkasse: Sie ist ausgeglichen.  
Kampfkasse: Sie wurde nicht belastet,

wird aber im laufenden Vereinsjahr beansprucht werden (z.B. für die Demonstration vom 10. September 2015).

Rechtsschutzkasse: Auch sie wurde kaum belastet, wird allerdings im laufenden Vereinsjahr ebenfalls mehr beansprucht werden, wie es sich bereits jetzt abzeichnet.

Revisionsbericht: Er bescheinigt der Rechnung ihre Richtigkeit.

Abstimmung: Die Jahresrechnung 2014/2015 wird einstimmig, ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen angenommen.

#### **4. Budget 2015/2016 inkl.**

**Festlegung der Mitgliederbeiträge**  
Weil nicht genügend neue Mitglieder beigetreten sind, soll der Sonderbeitrag für die BLPK-Sanierung angehoben werden. Dadurch würde es nur ein kleines Defizit geben. Der Sonderbeitrag Ausfinanzierung BLPK-Sanierung soll von 20 auf 30 Franken für mittlere und grosse Pensen (ab 33%) erhöht werden.

Die Delegierten genehmigen das Budget und die Mitgliederbeiträge einstimmig, keine Gegenstimmen bei zwei Enthaltungen.

#### **5. Wahlen**

##### **5.1. Wahl in den Kantonalvorstand**

RvW stellt Susanne Niederer kurz vor. Sie ist Mitglied des Komitees «Qualität an den Schulen und in der Ausbildung der Sek-I-Lehrkräfte», ausserdem LCH-Delegierte des LVB und fungierte auch schon als Delegierte des LVB. Er bedankt sich für ihr Engagement und zeigt sich darüber erfreut, der DV mit Susanne Niederer eine ausgezeichnete Kandidatin zur Wahl vorschlagen zu dürfen.

Susanne Niederer, Vertretung der Regionalsektion Allschwil, wird einstimmig

mig, ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen, in den Kantonalvorstand gewählt. RvW gratuliert ihr ganz herzlich zur Wahl und wünscht ihr viel Freude an ihrem neuen Amt.

### **Berufspolitische Geschäfte Stimmberechtigt sind alle anwesenden LVB-Mitglieder.**

RvW erläutert, weshalb das bisherige Standard-Traktandum «Übersicht über laufende Geschäfte» gestrichen wurde. Da der LVB regelmässig Newsletter versende und die Homepage immer aktuell gehalten werde, sei der Stand der aktuellen Geschäfte permanent überblickbar. Ausserdem könne das lvb.inform ebenfalls als Informationsquelle genutzt werden. Daher wird das Traktandum in dieser Form als überholt betrachtet und fortan weggelassen.

Einleitend zum Haupttraktandum dankt RvW der neuen Bildungsdirektorin Monica Gschwind für ihr Kommen und betrachtet es nicht als selbstverständlich, dass sie sich so kurze Zeit nach ihrem Amtsantritt dazu bereit erklärt habe, sich den Fragen der Basis zu stellen. Die informelle Zusammenarbeit zwischen dem LVB und Frau Gschwind habe schon sehr früh begonnen, wenige Wochen nach ihrer Wahl in den Regierungsrat und damit vor ihrem eigentlichen Amtsantritt. Die Arbeit sei insgesamt gut angelaufen, intensiv und wertschätzend.

### **6. Ansprache der neuen Bildungs- direktorin Monica Gschwind**

Sie bedankt sich für die wohlwollende Begrüssung und richtet einleitende Worte zur Fragerunde an die Anwesenden. Der LVB sei für sie ein wichtiger Ansprechpartner, den sie sehr ernst nehme. Wichtig sei es ihr, den Schulen mit allen Beteiligten eine Planungs- und Betriebssicherheit für die nächsten Jahre geben zu können. Sie

erläutert den «Marschhalt» in Sachen Lehrplan auf der Sekundarstufe I. Das Projekt «Passepartout» sei davon ausdrücklich ausgenommen. Alle Ansprechpartner würden in den Planungsprozess einbezogen, der LVB in Form einer Mitgliedschaft innerhalb ihres persönlichen Beirates. Der Zeithorizont für das Projekt sei offen. Im vierten Quartal dieses Jahres werde es eine Umfrage zur Umsetzung von HarMoS bei allen Lehrpersonen geben. Die Ergebnisse würden in die weitere Umsetzung einbezogen. Zu den Sparmassnahmen bemerkt sie, dass diese Einfluss auf die Anstellungsbedingungen haben würden. Es werde einschneidende Massnahmen geben, zu denen sie aber stehe. Die BKSD prüfe bei verschiedenen Massnahmen flexiblere Lösungen. Sie sei überzeugt davon, dass nicht jeder gesparte Franken auch gezwungenermassen eine Qualitätseinbusse bedeute. Sie sehe ihre Aufgabe darin, die jeweils verträglichste Lösung zu finden. Sie würde dem LVB zuhören und ihm das politische Parkett bereiten. Eine verstärkte

und gute Kommunikation sei ihr wichtig. Deswegen sei eine Stelle bei der BKSD zugunsten einer Kommunikationsleitung umgewidmet worden. Auch bemühe sie sich, nahe an den Schulen dran zu sein. Sie wolle jede zweite Woche eine Schule besuchen und auch in den Lehrerzimmern präsent sein.

### **7. Hauptthema: Regierungsrätin Monica Gschwind stellt sich den Fragen der LVB-Mitglieder**

Die ausgewählten Fragen, die Monica Gschwind (MG) vorgängig zugeschickt bekommen hat, werden den anwesenden Delegierten und Mitgliedern in ausgedruckter Form zur Verfügung gestellt.

Die Frage eines Mitgliedes, weshalb nur die Lehrpersonen so massiv von Sparmassnahmen betroffen seien, kontert MG mit dem Hinweis, dass es das ganze Staatspersonal treffen würde und andere Sparmassnahmen auch die restliche Bevölkerung.



### Frage 1: Umsetzungshilfen auf der

**Primarstufe** zum neuen Lehrplan: Ob und wann es diese auch für die Mittelstufe geben werde. Es existiere bis anhin nur jene für den 1. Zyklus. MG: Es werde von den Lehrpersonen als Experten für den Unterricht erwartet, den Lehrplan selbst zu interpretieren und umzusetzen, ebenso verhalte es sich bei der Leistungsbeurteilung. Die Lehrpersonen sollten ihre Freiräume nutzen. In der Verordnung Laufbahn sei alles Wichtige enthalten. Falls Unsicherheiten und Anliegen, ob man z.B. ein Jahres- oder ein Zykluszeugnis wolle, bestünden, seien die AKK und die SLK eingebunden in die Neuerung. An sie könne man Anfragen und Anregungen richten. Auf die Nachfrage, ob Schulleitungen nun Weisungen aus den Umsetzungshilfen ableiten könnten, präzisiert Urs Zinniker, interimistischer Dienststellenleiter des AVS, den MG zur Unterstützung beigezogen hat, dass dies sicher nicht ohne eingehende Diskussion mit dem Kollegium und Verankerung im Schulprogramm gehen könne. Die pädagogische Verantwortung liege aber bei den Schulleitungen. RvW äussert seine Sorge darüber, dass die fehlende und offenbar auch gar nicht vorgesehene kantonal einheitliche Vorgabe viele neue Unklarheiten schaffen werde.

**Frage 2: Thema Teilautonomie:** Es entstünden im Moment staatliche Schulen mit höchst unterschiedlichen Profilen, die in eine Art Wettbewerb gedrängt würden. Dies werde mit grossem Unbehagen wahrgenommen. Wo liegen hierfür die Grenzen? MG zitiert als offizielle Antwort den Auszug aus dem Landratsprotokoll, in dem die Definition der Teilautonomie festgehalten ist. Die Schulen erhielten im Rahmen des Schulprogramms einen grösseren Freiraum. Persönlich sehe sie aber das Problem, dass die Grenzen der Teilautonomie zu wenig klar definiert seien. Sie werde das The-



FOTOLIA

**Projekt Passepartout steht weiterhin in der Kritik – Ausgang ungewiss.**

ma sicher angehen, es sei auf ihrer Pendenzenliste. Dieses Jahr werde es aber nicht mehr dafür reichen.

**Frage 3: Das «Passepartout»-Projekt** stehe bei den Lehrpersonen in der Kritik. Ob es tatsächlich angehe, dass Sekundarlehrpersonen ihre Unterrichtsberechtigung verlören, wenn sie eine überdimensionierte Weiterbildung zur umstrittenen Mehrsprachen- didaktik nicht besuchen resp. die dort vermittelte Methodik aus Überzeugung verweigern würden. MG konstatiert, sie könne Passepartout jetzt nicht stoppen, da schon so viel in das Projekt investiert worden sei und es sich um ein interkantonales Vorhaben handle. Man müsse dem Projekt eine Chance geben. Sie warte die erste Evaluation ab. Dann werde weiter entschieden. Auf die Nachfrage, was sie Lehrpersonen raten würde, die sich mehr dem Lernerfolg ihrer Schüler verpflichtet fühlten als einer ihrer Ansicht nach ungeeigneten Methode, antwortet MG, man müsse es erst einmal ausprobieren und evaluieren. Dann könne man weitersehen. RvW kritisiert daraufhin, dass es Teil der

Durchsetzungsstrategie der Verfechter dieser neuen Didaktik sei, den jetzigen Unterricht pauschal schlechtzureden. Der Unterricht auf der Sek I bestehe mitnichten nur aus Pauken von Vokabular und Grammatik, gleichwohl seien dies zwei unverzichtbare Elemente eines systematischen Fremdsprachenunterrichts. Es werde sehr wohl auch grossen Wert auf das Mündliche gelegt. Im Hinblick auf die ersten Evaluationen gibt RvW ausserdem die Prognose ab, dass dann mit grosser Wahrscheinlichkeit vorgegangen werde wie im Kanton Luzern, der seit 2008 mit Frühenglisch arbeitet: Wenn die erhofften Ergebnisse ausblieben, werde nicht etwa das Konzept in Frage gestellt, sondern den Lehrkräften einfach noch mehr Weiterbildungen verordnet. Landrat Jürg Wiedemann wirft ein, dass seiner Ansicht nach MG hier die offizielle Meinung vertreten müsse, persönlich aber dem Projekt sehr wohl kritisch gegenüberstehe.

**Frage 4:** Viele Lehrpersonen stellten fest, dass die neuen **obligatorischen Lehrmittel** nicht praxistauglich seien

und darüber hinaus auch noch viel mehr kosten würden als frühere. MG sagt, auch dies sei auf ihrer Pendenzenliste. Sie habe z.B. in Solothurn nachgefragt. Dort sei die Lehrmittelfreiheit grösser.

**Frage 5: Die Erhöhung der Klassengrössen** als Sparmassnahme stösst bei den Lehrpersonen auf Unverständnis, zumal die Bevölkerung bei der Abstimmung vor nur gerade drei Jahren klar für kleinere Klassen votiert hat. MG erklärt, dass diese Massnahme nur grob umrissen sei. Sie suche nach flexiblen Lösungen. Auf gezielte Rückfrage durch RvW hält sie fest, dass es für sie auf keinen Fall angehe, dass im Niveau A 26er-Klassen gebildet würden. Bei leicht führbaren, guten Klassen und ausreichend grossen Klassenzimmern solle es aber z.B. möglich sein, bei Zuzug weiterer Kinder grössere Klassen zu bilden. Sie könne sich da aber noch nicht definitiv festlegen, da diese Massnahme noch in Bearbeitung sei.

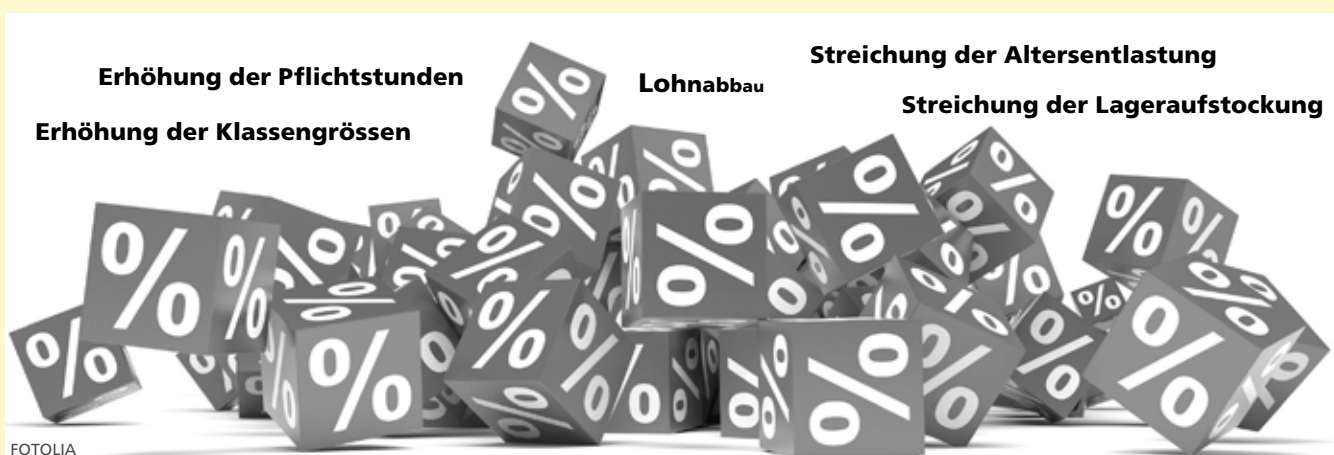
**Frage 6: Die Pflichtstundenerhöhung** für Fachlehrpersonen auf Sek I und II sei an den meisten Schulen nicht mit einem Leistungsabbau an den Schulen einhergegangen, obwohl dies einem klaren Auftrag an die Schulleitungen entsprochen habe. Dies bestätigt eine kurze Umfrage bei den Anwesenden. Wie stellt sich MG dazu?

MG bestätigt, dass der Auftrag an die Schulen ergangen sei, ihre Schulprogramme entsprechend anzupassen. Einige Schulen seien aber noch nicht so weit. RvW fordert, dass sich die Politik nicht länger darum drücken könne, zu sagen, was denn angesichts immer neuer Sparmassnahmen vom schulischen Angebot nun wegfallen solle. Sparen ohne spürbare Auswirkungen auf der Angebotsseite sei irreführend und belaste einseitig die Lehrerschaft. MG kann nicht nachvollziehen, weshalb es an der Politik sei, zu definieren, wo konkret abgebaut werden solle. Die Lehrpersonen würden doch am besten wissen, worauf man am ehesten verzichten könne. RvW kontert, dass es nicht die Lehrerschaft sei, die sparen wolle, sondern die Politik. Würden die Lehrpersonen entscheiden, was nicht mehr möglich sei, dann würden sie insbesondere von den Eltern der Schülerschaft als Sündenböcke gesehen. Ausserdem sei es absehbar, dass es dann an vielen Schulen am Ende wiederum gar keine Aufgabenreduktion geben würde. Die Politik müsse die volle Verantwortung für die Konsequenzen ihrer Sparübungen übernehmen.

**Frage 7: Aufstockung Lagerbetreuung:** Diese solle künftig eingespart werden. Wie stellt sich die Bildungsdirektorin dann die sinnvolle Durchführung eines Lagers vor? MG

antwortet, sie finde Lager pädagogisch sinnvoll. Es könne sein, dass die Anzahl Lager reduziert würden. Das Thema sei aktuell in der BKSD in Bearbeitung.

**Frage 8: Lohnabbau:** Wie MG rechtfertige, dass, kumuliert durch verschiedene Massnahmen, die Lehrpersonen stärker betroffen seien als andere Staatsangestellte. MG hält dagegen, dass die Opfersymmetrie im Vordergrund stehe und alle Staatsangestellten gleichermaßen betroffen seien. Der Personalaufwand werde über alle Bereiche um 10% reduziert. An den Schulen werde das sorgfältig geprüft. Alle Sparmassnahmen der BKSD würden an diese 10% angerechnet. Auch auf der Verwaltung würden viele Gleitzeitstunden verfallen. Es seien jetzt noch Entscheide im Landrat und beim Volk offen. Eine Steuererhöhung komme aber nicht in Frage. Einige Mitglieder lassen die Argumente nicht gelten und stellen fest, dass in der BKSD fast ausschliesslich auf dem Buckel der Lehrkräfte gespart werde, dass die immer wieder ins Feld geführte Befürchtung, bei Steuererhöhung würden gut verdienende Bürger wegziehen, ein nicht erwiesenes Totschlagargument sei, dass es innerhalb der BKSD einen administrativen Wasserkopf gebe und dass die FHNW und die Universität zu Unrecht kein verursachergerechtes Sparthema seien.



**Frage 9:** Angesprochen auf ihre eigene Wahlkampfaussage, wonach **Lohnsenkungen** bei Lehrpersonen der falsche Weg seien, betont MG, sie habe gesagt, eine Lohnsenkung ausschliesslich bei den Lehrpersonen komme nicht in Frage. Sie werde sich aber sicher auch die Doppelspurigkeiten im Bereich der Ausbildung von Lehrpersonen (Universität und FHNW) und die Beiträge für die Universität ansehen. Es könne grundsätzlich nicht sein, dass die FHNW so weiterwache wie in den letzten Jahren. Da die Universität einen Viertel des Budgets der BKSD ausmache, müsse man da auch genau hinschauen. Das AVS habe sein Budget um 10% gesenkt.

Damit waren auch gleichzeitig die **Fragen 10** und **11** beantwortet, die sich um das Thema FHNW und Universität drehten.

**Frage 12:** Wegfall der **Altersentlastung:** Älteren Lehrpersonen, die die Fremdsprachenausbildung auf Anweisung des Kantons nicht mehr in Angriff nehmen mussten, sei es nun nicht mehr möglich, ein Vollpensum zu unterrichten. MG sieht diese Problematik und ist sich dessen bewusst. Hier müsse eine bessere Lösung gefunden werden. Wie diese aussehen werde, könne sie aber jetzt noch nicht sagen.

Aus dem Publikum wird gefragt, wie es um die **Zukunft des Textilen Werkens** bestellt sei. Die Ausbildung gebe es nicht mehr, und Zeichnen, Werken und Textiles Werken würden in einem einzigen Fach vermischt, was einen massiven Qualitätsabbau im handwerklichen Bereich darstelle. MG sagt, sie finde es wichtig, dass alle handwerklichen Fächer beibehalten würden. Urs Zinniker führt aus, dass die Primarlehrerkonferenz der AKK den Antrag gestellt habe, dies im Rahmen der Reakkreditierung der Studiengänge an der PH FHNW zu überprüfen.

Mit einem Abwahlverfahren im Fächerkanon sei der Primarstufe nicht gedient. Auch beim Leistungsauftrag an die PH werde das eingebracht.

Damit ist die Fragerunde beendet. RvW spricht MG seinen Respekt dafür aus, dass sie sich den Fragen gestellt hat und bedankt sich bei ihr mit einem (LVB-)gelben Blumenstrauss.

MG sagt abschliessend, sie sei mit grossem Elan daran, sich einzusetzen. Das Pensum sei hoch, sie habe aber Spass daran. Sie habe auch ein Team, das im Gleichschritt mit ihr arbeite. Sie appelliert an die Geduld der LVB-Mitglieder. Sie wolle fundierte Entscheide fällen und das brauche Zeit.

## 8. Verabschiedung von Heinz Bachmann

RvW hält die Laudatio auf Heinz Bachmann, den zurückgetretenen Ressortchef «Beratung und Rechtshilfe». Diese Würdigung wurde im letzten Heft (lvb.inform 2015/16-02) als separater Artikel abgedruckt und kann weiterhin online auf [www.lvb.ch](http://www.lvb.ch) nachgelesen werden.

Zum Dank für seine langjährige, hervorragende Leistung zugunsten des LVB hat der Kantonalvorstand einstimmig beschlossen, Heinz Bachmann zum Ehrenmitglied zu ernennen. Die Geschäftsleitung übergibt ihm ein Abschiedsgeschenk, das ihn und seine Frau in die Berge führen wird und wünscht ihm alles Gute. Die Versammlung würdigt ihn mit einer ausgedehnten Standing Ovation.

H. Bachmann sagt gerührt, er habe sehr gerne für den LVB gearbeitet. Hier habe er Respekt und Anerkennung erfahren. Den Kontakt zu den vielen Mitgliedern habe er als bereichernd erlebt. Der Politik rät er, die Resultate der LCH-Berufszufriedenheitsstudie ernst zu nehmen, da sie für

Baselland alarmierend seien. Der Arbeitgeber riskiere, das Vertrauen der Lehrpersonen nachhaltig zu verlieren. Dies bereite ihm auch im Hinblick auf die Schülerinnen und Schüler grosse Sorge. Es handle sich hierbei um das vordringlichste Problem, das gelöst werden müsse. Dann dankt er allen Geschäftsleitungsmitgliedern der vergangenen 15 Jahre und wünscht sämtlichen Mitgliedern der Geschäftsleitung, des Kantonalvorstandes und des LVB sehr viel Kraft und Mut auf dem weiteren Berufsweg.

## 9. Diverses

RvW erwähnt, dass das Komitee «Bildung wahren statt sparen» an einem Tisch Unterschriften für ihre Petition sammle. Wer wolle, könne dies beim Verlassen des Saals berücksichtigen.

RvW dankt allen Mitwirkenden für das Gelingen des Abends und schliesst die Versammlung.

Im Anschluss an die DV/MV wird ein Apéro offeriert.